Mobilität sicherstellen.
Gegen Fahrpreiserhöhungen.
Für die Verbraucher- und Beschäftigteninteressen!

Die von Bahnchef Hartmut Mehdorn angekündigte Fahrpreiserhöhung verstößt nach gemeinsamer Auffassung des **Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)** und des **Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv)** gegen die Interessen der Verbraucher und der Beschäftigten der Bahn. Die für Dezember angekündigte Preiserhöhung (plus 3,9 Prozent) ist nicht nachvollziehbar. Es stehen nicht nur Arbeitsplätze bei der Bahn auf dem Spiel, auch die Interessen der Verbraucher an kundenorientierten Dienstleistungen werden ignoriert. Die Bahn begründet die erneute Preiserhöhung mit den gestiegenen Energie- und Lohnkosten. DGB und vzbv halten diese Begründung für nicht stichhaltig.

Die angekündigte Fahrpreiserhöhung wird die Wettbewerbsfähigkeit der Schiene gegenüber Flugverkehr und Auto verringern. Sie gefährdet zudem das verkehrspolitische Ziel, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen. Der Bund darf sich deshalb nicht darauf zurückziehen, Preiserhöhungen seien allein wirtschaftliche Entscheidungen des Konzerns. Er muss seine Verpflichtung zur Daseinsvorsorge weiterhin wahrnehmen. DGB und Verbraucherzentrale Bundesverband sind der Überzeugung, dass dies durch die geplante Bahnprivatisierung wesentlich erschwert wird.

Aus folgenden Gründen ist die geplante Fahrpreiserhöhung im Dezember 2008, und deren Begründung, unsozial und wirtschaftlich nicht nachvollziehbar:

- Die Bahn hat den Umsatz im ersten Halbjahr 2008 um 8,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gesteigert. Das Betriebsergebnis hat sich ebenfalls sehr gut entwickelt.

- Der gestiegene Gewinn hätte an die Verbraucher weitergegeben werden können, oder in Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten investiert werden können. Die Bahn verfährt stattdessen nach dem Motto „Gewinn gestiegen, Preise rauf“. Dies ist für den DGB und den Verbraucherzentrale Bundesverband nicht akzeptabel.

- Stark gestiegene Energiepreise treffen alle Unternehmen, die Bahn profitiert aber von langfristig gesicherten Beschaffungsvorteilen. Im Geschäftsbericht 2007 heißt es: Bei „Energien und Kraftstoffen lag das Auftragsvolumen – trotz höherer Energiepreise – mit 2 Mrd. Euro auf Vorjahresniveau“. Die Bahn wird aufgrund der gestiegenen Benzin- und Dieselpreise für immer mehr Menschen zur potentiellen Alternative zum Auto. Dieser Wettbewerbsvorteil wird durch die angekündigte Fahrpreiserhöhung gefährdet. Die Bahn hatte die Preise im Jahr 2007 bereits in zwei Stufen um über 8 Prozent erhöht. Die wirtschaftliche Notwendigkeit einer erneuten Preiserhöhung ist nicht nachvollziehbar.

- Die Tariflohnerhöhungen sind für die steigenden Ticketpreise nicht verantwortlich, sie spiegeln die wirtschaftliche Lage des Unternehmens bei Tarifabschluss wider. Die Beschäftigten der Bahn haben hart für das sehr gute Betriebsergebnis und den stark gestiegenen Umsatz gearbeitet. Sie haben ihren fairen Anteil am Erfolg ihres Unternehmens verdient.

- DGB und Verbraucherzentrale Bundesverband wenden sich ausdrücklich gegen Preisaufschläge bei Tickets, die am Schalter erworben werden. Der neu eingeführte „Bedienzuschlag" beim Ticketkauf am Schalter betrifft laut Bahn die Mehrheit der Kunden nicht, „da inzwischen knapp 60 Prozent der Fahrkarten im Internet oder an Automaten verkauft werden." Die Kundenorientierung lässt zu Wünschen übrig, wenn über 40 Prozent zukünftig Strafgebühren zahlen sollen. Hier werden nicht nur ältere Verbraucher, die mit der Nutzung des Internets nicht vertraut sind, bestraft.

- Die „Bedienzuschläge" sind auch kein gutes Signal für die Bahn-Beschäftigten. Es besteht die Gefahr von Stellenabbau und Rationalisierung im Kartenverkauf und in der persönlichen Kundenbetreuung. Auch wenn die Bahn für 400 Reisezentren Standortgarantien ausgesprochen hat, ist zu befürchten, dass die Zahl der Reisezentren, die seit 2003 von 1100 auf 700 geschrumpft ist, weiter abnehmen wird.

- Durch weiter steigende Fahrpreise wird Bahnfahren zum Luxusgut. Die Sicherstellung von Mobilität, auch für Menschen mit niedrigem Einkommen, muss gewährleistet bleiben.

Nach Auffassung von DGB und Verbraucherzentrale Bundesverband ist die angekündigte Fahrpreiserhöhung betriebswirtschaftlich unnötig, unsozial und verkehrspolitisch falsch. Die Zeche zahlen die Beschäftigten und die Verbraucherinnen und Verbraucher. **Claus Matecki**

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB

Gerd Billen
Vorstand Verbraucherzentrale Bundesverband

<u>AnsprechpartnerIn:</u>

Verbraucherzentrale Bundesverband

Dr. Otmar Lell
Referent für Nachhaltigkeit und Verkehr
E-Mail: lell@vzbv.de

Steffen Küßner
Pressereferent
E-Mail: kuessner@vzbv.de

Deutscher Gewerkschaftsbund

Christoph Hahn
Referatsleiter Verbraucherpolitik
E-Mail: Christoph.Hahn@dgb.de

Claudia Falk
Pressesprecherin
E-Mail: Claudia.Falk@dgb.de